

MUT GEGEN RECHTE GEWALT - 24.08.2007URL: <http://mut-gegen-rechte-gewalt.de/artikel.php?id=10&kat=10&artikelid=3743>

Augenwischerei

Wie die Bundesregierung mit einer Mogelpackung auf die rassistische Hetzjagd von Mügeln reagiert

Zusammengestellt von Holger Kulick

Das internationale Entsetzen über den rassistischen Gewaltakt von Mügeln hat zu einer überraschend schnellen Reaktion der Bundesregierung geführt. Aber nur verbal. Auch die zuständige Ministerin Ursula von der Leyen zeigt sich plötzlich wachgerüttelt - weil der jetzt von rechtsextremer Gewalt betroffene Landkreis keine Fördergelder aus ihrem neuen Bundesprogramm gegen Rechtsextremismus erhielt. Wenigstens das soll jetzt anders werden. Außerdem wurden 5 Mio Euro zusätzlich für Initiativen versprochen - aber das ist nur ein gut verkaufter 10 Monate alter Hut.

Sarkastisch hat die Rechtsextremismus-Expertin der Grünen im Bundestag, Monika Lazar, am Freitag darauf reagiert, dass es jetzt erst staatliche Unterstützung für Projekte gegen Rechtsextremismus auch im sächsischen Mügeln gibt - zuvor war das abgelehnt worden. Das Umdenken hatte Familienministerin von der Leyen gestern angekündigt. Lazar verschickte daraufhin folgende Erklärung:

"Geprügelte Inder verhelfen zu Fördermitteln - Zur Erklärung der Ministerin von der Leyen, Mügelns Landkreis Torgau-Oschatz werde nun doch noch Fördermittel aus dem Bundesprogramm gegen Rechts erhalten, erklärt Monika Lazar, Sprecherin für Strategien gegen Rechtsextremismus: Besser spät als nie, Frau von der Leyen! Mügeln braucht dringend Geld für Arbeit gegen Rassismus. Ein fatales Signal ist es allerdings, wenn erst Blut fließen muss, damit eine rechtsradikale Problemregion als solche wahrgenommen wird.

Hoffentlich bezieht der Landkreis bei der Ausgestaltung des Lokalen Aktionsplans die bestehenden Initiativen in der Region mit ein. Mügeln ist nicht die einzige Gegend mit einer gewaltbereiten, mobilen Nazi-Szene. Die Bundesregierung darf nicht warten, bis all die Orte erst durch Übergriffe auffällig werden. Sie muss mehr für die Prävention tun. Die Bundesprogramme gegen Rechts brauchen eine Umstrukturierung, damit zivilgesellschaftliche Initiativen wieder selbst Geld beantragen dürfen. Dass Ländern und Kommunen dazu oft die Fachkompetenz fehlt, hat der Fall Mügeln wieder einmal gezeigt."

Heftige, sachlichere Kritik gibt es auch aus der Sicht von Projekten. So meldeten sich am Freitag das Kulturbüro Sachsen e.V und der Verein 'Miteinander' aus Sachsen-Anhalt in einer gemeinsamen Protesterklärung zu Wort:

"In der gegenwärtigen Debatte um Fremdenfeindlichkeit und Rechtsextremismus kritisiert der bildungspolitische Verein Miteinander das Vorgehen des Bundesfamilienministeriums. In verschiedenen Medienberichten hieß es am Donnerstag, Ministerin Ursula von der Leyen hätte die Programme gegen Rechtsextremismus um weitere 5 Millionen Euro aufgestockt. Bereits im beschlossenen Bundeshaushalt für 2007 waren diese Mittel erklärter politischer Wille der Bundesregierung. Das Programm lief zum 1. Juli 2007 an. "Es handelt sich mitnichten um eine weitere Aufstockung der Mittel gegen Rechtsextremismus um 5 Millionen Euro", so Roman Ronneberg, Geschäftsführer von Miteinander e.V. Die Ausweitung der mobilen Krisenintervention auf des gesamte Bundesgebiet bedeutet für einige Träger der Mobilen Beratungsarbeit, bspw. das Kulturbüro Sachsen e.V., in den kommenden drei Jahren einen drastischen Rückgang der Bundesfinanzierung.

"Die Zukunft unserer Arbeit ist damit einmal mehr in Gefahr" so Friedemann Bringt vom Kulturbüro Sachsen e.V.. Ronneberg hält an der bereits in der Vergangenheit geäußerten Kritik an den strukturellen Fehlern des neuen Bundesprogramms fest: "Aufgrund der begrenzten Anzahl an sogenannten Lokalen

Aktionsplänen pro Bundesland, bestand von Anfang an die Gefahr, dass sich weiße Flecken herausbilden würden. Die Förderung von Leuchttürmen ist zum Ausbau einer freien und offenen Bürgergesellschaft nicht erfolversprechend." Ebenso ist es problematisch, allein den Kommunen und Ländern die Programmsteuerung und finanzielle Verantwortung zu übertragen und nicht mehr den freien Trägern. So werden Kommunen, die bereits sensibilisiert sind, unterstützt, während andere leer ausgehen. Die Bereitstellung eines zusätzlichen Lokalen Aktionsplans gegen Rechtsextremismus für den Landkreis Torgau-Oschatz nach der fremdenfeindlich motivierten Hetzjagd vom Wochenende in Mügeln hält Roman Ronneberg für die falsche Reaktion seitens des Bundes: "Hierbei handelt es sich lediglich um eine anlassbezogene Symbolpolitik." Zivilgesellschaftliche Initiativen in anderen Orten und Landkreisen bedürfen nach seiner Einschätzung ebenso Zuwendungen."

Augenwischerei

Irritiert nehmen auch andere Initiativen wie die Berliner Amadeu Antonio Stiftung zur Kenntnis, wie sich die Bundesregierung plötzlich als besonders aktiv 'verkauft':

Kopfschütteln verursacht vor allem die seit Donnerstag von vielen Medien kolportierte Meldung, die Bundesregierung stocke ihren Etat für Projekte gegen Rechtsextremismus erneut um 5 Millionen Euro auf. Das wäre bitternotwendig und sehr schön.

Familienministerin Frau von der Leyen hat hier nur eine längst beschlossene Maßnahme geschickt neu verkauft. Denn bereits vor 10 Monaten wurde diese Erhöhung der bis dahin geplanten 19 Mio auf 24 Mio Euro beschlossen und in einer Presseerklärung von der Bundesregierung angekündigt, nachlesbar unter: (http://www.bundesregierung.de/nn_120556/Content/DE/Artikel/2006/10/2006-10-24-aufstockung-des-etats-gegen-rechtsradikalismus.html) auf der Homepage der Bundesregierung.

Diese Erhöhung im Herbst kam auf Druck zivilgesellschaftlicher Gruppen, der Opposition und des Koalitionspartners SPD zustande, um den bereits bestehenden Strukturprojekten gegen Rechtsextremismus eine sicherere Perspektive zu verleihen. Diese (schon damals keinesfalls ausreichende) Etataufstockung als Reaktion auf die Ereignisse von Mügeln zu ‚verkaufen‘ ist kein Ruhmesblatt für die Ministerin. Es ist Augenwischerei.

Ergänzend äußerte die Vorsitzende der Amadeu Antonio Stiftung, Anetta Kahane gegenüber dem MUT-Portal wörtlich:

"Es ist gut und wichtig, dass die Bundesregierung Mittel zur Verfügung stellt, um Rechtsextremismus zu bekämpfen. Nur die Vergabe dieser Mittel sollte sich am Problem orientieren und nicht allein an den Bedürfnissen der Verwaltung. Die Kommunen einzubinden beim Bemühen um eine couragierte und engagierte Zivilgesellschaft ist notwendig, die Projekte aber dem Gutdünken der Bürgermeister zu überlassen, kann oft genau der falsche Ansatz sein.

Viele Bürgermeister, das zeigt der Fall in Mügeln, brauchen erst Unterstützung von erfahrenen Beratern aus der zivilen Gesellschaft, bevor sie die Lage in ihrer Region analysieren und dann entsprechende Maßnahmen ergreifen können. Dies wurde dem Bundesjugendministerium von vielen Wissenschaftlern und Gremien wie dem Bündnis für Demokratie und Toleranz, dem Stiftungsrat der Amadeu Antonio Stiftung und einem Fach-Ausschuss des deutschen Bundestages bereits vor Monaten als grundsätzliche Kritik am den vorliegenden Programmen mitgeteilt. Dass Frau von der Leyen nun genau dieses kritisierte Vorgehen vor den Kameras als Verbesserung und neuen Ansatz lobt, befremdet uns sehr. Wir brauchen eine Initiativen, die selbstbewusst und partnerschaftlich gegen Rechtsextremismus und für Vielfalt arbeiten können. Deshalb ist es notwendig, die Bedingungen für die Arbeit der mutigen und engagierten Bürger vor Ort zu verbessern, statt sie zu Bittstellern vor Lokalpolitikern zu machen, denen oft der Ruf ihres Ortes wichtiger ist, als die Auseinandersetzung mit rassistischen, antisemitischen oder rechtsextremen Einstellungen. Deshalb setzen wir uns für die Initiativen vor Ort ein und erwarten hier eine rasche Änderung der Haltung und der Förderpolitik ihnen gegenüber. Die Mittel sollten an kompetente Projekte gehen, die auch mal kritisch Situation und Maßnahmen beurteilen können."

Dieser dringende Nachbesserungsbedarf relativiert die Öffentlichkeitsoffensive der Bundesregierung nach den Ereignissen von Mügeln erheblich.

Denn auch die Bundeskanzlerin hatte vielversprechend nach Außen Position bezogen. Eine Extra-Themenseite über Rechtsextremismus ist jetzt über die Homepage der Bundesregierung ansteuerbar, versehen mit dem Foto zweier Transparentträgerinnen mit einem Plakat "Nazis raus" - übrigens ein PDS-Motiv. Auch verbal wird versucht, offensiver aufzutreten. So hat laut einer Mitteilung aus dem Bundeskanzleramt vom Mittwoch Bundeskanzlerin Angela Merkel "den brutalen Überfall auf indische Mitbürger im sächsischen Mügeln scharf verurteilt" und zeigt sich "tief betroffen". Sie fordere "mehr Zivilcourage". Wenn Menschen angegriffen würden, sei die ganze Gesellschaft gefragt.

Wörtlich hieß es in der Erklärung vom Mittwoch:

"Die Kanzlerin sprach in der Sitzung des Bundeskabinetts von einem außerordentlich betrüblichen und beschämenden Vorfall. Das berichtete der stellvertretende Regierungssprecher Thomas Steg am Mittwoch nach der Kabinettsitzung. "Die Bundeskanzlerin hat für die Bundesregierung deutlich gemacht, dass es nicht hinnehmbar und nicht akzeptabel ist, wenn Menschen in deutschen Städten durch Straßen gejagt oder gehetzt und anschließend verprügelt werden", sagte Steg. Jetzt müssten die zuständigen Behörden die Vorfälle so schnell wie möglich und umfassend aufklären. Was in Mügeln geschehen ist, beschäftige nicht nur die Menschen in Deutschland, sondern werde auch im Ausland sehr genau wahrgenommen, so Steg. Beim Auswärtigen Amt eingegangene Rückmeldungen zeigten, dass derartige Vorfälle dem Ansehen Deutschlands in der Welt schadeten. Auf Bitte der Kanzlerin wird Bundesfamilienministerin Ursula von der Leyen am Donnerstag einen Bericht über die aktuellen Programme gegen Rechtsextremismus vorlegen. Dabei sind in den vergangenen Jahren immer wieder neue Akzente gesetzt worden. Das Bundeskabinett will die Diskussion über diese Programm anschließend noch einmal aufnehmen. Merkel habe aber auch deutlich gesagt, dass der Kampf gegen den Rechtsextremismus nicht auf eine Frage des Geldes reduziert werden könne, berichtete der Regierungssprecher weiter. "Es ist nicht zuletzt eine Frage an jeden Einzelnen, bei solchen Vorgängen einzuschreiten, sich zu widersetzen und aufzubegehren, also Zivilcourage zu zeigen und eine Kultur der Toleranz im Zusammenleben unterschiedlicher Kulturen und Menschen zu praktizieren", sagte Steg. Niemand dürfe wegschauen, alle seien gefordert. Am Arbeitsplatz, im Verein, in der Öffentlichkeit, auf dem Dorf genauso wie in der Stadt".

In diesem Text sind zwei Formulierungen bemerkenswert: "Dabei sind in den vergangenen Jahren immer wieder neue Akzente gesetzt worden" und: "Das Bundeskabinett will die Diskussion über diese Programm anschließend noch einmal aufnehmen". Verheißt die letztere Formulierung, auf anhaltende Kritik an den neuen Bundesprogrammen wird endlich reagiert? Denn manche der "neuen Akzente" in der vergangenen Zeit sind nur bedingt sinnvoll gewesen und haben zu einem großen Zeit- und Qualitätsverlust bei der regionalen Arbeit gegen Rechtsextremismus geführt, die sehr viel kontinuierlicher erfolgen müsste, als das bislang der Fall ist, um wirklich wirkungsvoll zu sein.

Grüne: Kontraproduktives neues Bundesprogramm

Zum Jahreswechsel waren aber die Modellprogramme 'Entimon' und 'Civitas' gegen Rechtsextremismus trotz guter Erfahrungen über Bord geworfen worden und ein neues Bundesprogramm wurde aufgelegt, das die grüne Bundestagsabgeordnete Monika Lazar nun in einer Presseerklärung pointiert kritisiert. In ihrer Erklärung unter der Überschrift "Rassismus ist kein Mügeler Randphänomen" hieß es:

"...Jetzt sind Äußerungen aus den Reihen der großen Koalition zu hören, dass die Bundesprogramme gegen Rechts finanziell besser ausgestattet werden müssen. Ich fordere die Regierungsfractionen auf, diese Statements bei den kommenden Haushaltsberatungen nicht unter den Tisch fallen zu lassen. Die Bundesprogramme brauchen mehr Geld. Aber sie müssen auch unbürokratischer für Anti-Nazi-Initiativen nutzbar gemacht werden. Die alleinige Antragstellung durch Kommunen und Landkreise hat sich als kontraproduktiv erwiesen....".

Tatsächlich wuchs durch die neue Finanzierungsstruktur lokaler Projekte gegen Rechtsextremismus die Gefahr, dass Landräte oder Bürgermeister mit zur Verfügung stehenden staatlichen Mitteln nur 'bequeme' Projekte fördern, die sich ihren Auffassungen anpassen, aber nicht solche, die auch laut und deutlich auf Versäumnisse aufmerksam machen. Im sächsischen Wurzen ist ähnliches geschehen - die überaus erfolgreiche Initiative www.ndk-wurzen.de wurde politisch abgestraft und zunächst von einer weiteren Förderung ausgeschlossen. Das nachhaltig in die rechtsextreme Szene hineinwirkende Aussteigerprojekt für Neonazis www.exit-deutschland.de erhielt gar keine Förderung mehr.

Landkreis Torgau-Oschatz blieb von neuer Förderung zunächst sogar ausgeschlossen

Aber auch Landkreise, die dringend auf Förderung angewiesen wären, erhielten gar nicht erst Bundesmittel zur Verteilung an lokale Projekte. Dazu gehört auch der sächsische Landkreis Torgau-Oschatz, zu dem der Ort Mügeln zählt. Er hatte sich im Jahr 2007 um Fördergelder aus dem Programm der Bundesregierung gegen Rechtsextremismus bemüht, war aber nicht berücksichtigt worden. "Am 25. April erhielten wir aus Berlin die endgültige Ablehnung unseres Antrags", sagte der Sozialdezernent des Landkreises, Hans-Günter Sirrenberg, der "Berliner Zeitung". Die Kommune hatte sich um Gelder aus dem Aktionsprogramm "Jugend für Vielfalt, Toleranz und Demokratie - gegen Rechtsextremismus, Fremdenfeindlichkeit und Antisemitismus" beworben, für das das Bundesfamilienministerium federführend zuständig ist. Der sächsische Landkreis hatte gehofft, mit Fördergeldern die Arbeit gegen Rechts

professioneller gestalten zu können: "Wir wollten hier konstante Strukturen aufbauen". Sirrenberg bekräftigte nebenbei im Gegensatz zu den bisherigen Äußerungen von Mügeln's Bürgermeister Deuse, dass es in dem Landkreis eine "mobile, gewaltbereite rechte Szene gibt". Die Mitglieder dieser Szene erschienen immer wieder auf Dorffesten und sorgten für Unruhe (Quelle: berliner-zeitung.de, 23.8. >klick:)

Von der Leyen in der Kritik

Gefordert war nun die eigentlich verantwortliche Jugend- und Familien-Ministerin Ursula von der Leyen (CDU). Sie habe in den vergangenen Monaten "andere Schwerpunkte gesetzt" und sich wenig um das Thema Rechtsextremismus gekümmert, warf ihr der innenpolitische Sprecher der SPD-Fraktion im Bundestag, Dieter Wiefelspütz, am Mittwoch (22.8.) im Gespräch mit Netzeitung.de vor. "Jetzt ist sie gefordert, nach vorne zu gehen und klare Signale zu geben", denn es sei "nicht besonders erfreulich", dass die Ministerin in der aktuellen Debatte nicht vorkomme. Die Ministerin schickte allerdings zunächst ihren für das Themengebiet mitzuständigen Staatssekretär Kues vor, der am Mittwoch eine ellenlange Presseerklärung (>klick) voller Eigenlob für das Ministerium verschickte, ohne darin Selbstkritik oder prägnante neuerliche Akzente auch nur anzudeuten. Sogar ihr Ministerkollege Tiefensee sah sich genötigt, sie zu kritisieren: "Sie habe dem Thema offenbar nicht die nötige Bedeutung beigemessen", sagte Tiefensee der «Berliner Zeitung» (Freitagausgabe). Außerdem habe von der Leyen Fehler bei der Förderung von Programmen gegen Rechts begangen.

Geschickte Selbstdarstellung

Am Donnerstag den (23.8.) trat Frau von der Leyen dann notgedrungen am Rande der brandenburgischen Kabinettsklausur kurz vor die Mikrofone. Dabei gelang ihr eine mehr oder minder geschickte Augenwischerei. Sie wiederholte nur knapp, was ihr Ministerium ehe schon gegen Rechtsextremismus leistet. Im Ergebnis meldeten eine ganze Reihe Medien aus Unkenntnis der Finanzlage folgendes:

"Nach der Hetzjagd auf Ausländer im sächsischen Mügeln stockt die Bundesregierung ihre Mittel zur Bekämpfung des Rechtsextremismus auf. «Wir nehmen den Kampf gegen den Rechtsextremismus sehr ernst», sagte Bundesfamilienministerin Ursula von der Leyen (CDU) am Donnerstag unmittelbar vor Beginn der Kabinettsklausur im brandenburgischen Schloss Meseberg. Die Mittel werden nach ihren Worten um fünf Millionen Euro erhöht und bislang befristete Programme auf eine dauerhafte Basis gestellt." (vgl. pr-inside: <http://www.pr-inside.com/de/von-der-leyen-stockt-mittel-gegen-r206145.htm>)

Diese Erhöhung, wie gesagt, ist jedoch garnicht neu. Sie wurde bereits vor exakt 10 Monaten auf Druck von Grünen und SPD beschlossen, um den in Existenznot geratenen Beratungsstellen zu helfen. Die erste Pressemeldung des Familienministeriums über die Etaaufstockung von 19 auf 24 Millionen Euro gab es bereits am 24.10.2006: http://www.bundesregierung.de/nn_120556/Content/DE/Artikel/2006/10/2006-10-24-aufstockung-des-etats-gegen-rechtsradikalismus.html.

Neu war nur dies: "Die Ministerin kündigte an, für Mügeln einen lokalen Aktionsplan gegen Rechtsextremismus aufzustellen. Davon gebe es bundesweit bereits neunzig, Mügeln sei dem Bund vom Land Sachsen jedoch nicht als Kandidat gemeldet worden".

Damit schob sie den Schwarzen Peter in Sachsen Mügeln geschickt wieder auf Sachsen zurück.

Mehr zum Thema im stern-Interview mit Nils Annen (SPD): >klick
Erste gemeldete politische Reaktionen (Stand 23.8. 16 Uhr): >klick
Ausländische Pressestimmen: >klick
Empfehlung der FTD: >klick
bpb-Paket: Was nützen Rezepte: >klick

© www.mut-gegen-rechte-gewalt.de - 23.8.2007. Foto: PDS-Plakat auf der Homepage der Bundesregierung... Aufnahme: Kulick